

Beschluss

Vorsorge gegen Tierseuchen in Rheinland-Pfalz

Der Landtag stellt fest:

Die Tierseuchensituation in Rheinland-Pfalz ist angespannter als in vorherigen Jahren. Aus diesem Grund ist die Eindämmung von akuten Tierseuchen und Präventionsmaßnahmen für die Tiergesundheit eine wichtige Aufgabe.

Innerhalb der Europäischen Union breitet sich die Afrikanische Schweinepest (ASP) in den Wildschwein- und Hausschweinbeständen immer weiter aus. Bereits im September 2018 kam es zu ersten Fällen bei Hausschweinen in Bulgarien sowie bei Wildschweinen in Belgien. Mittlerweile sind beim internationalen Tierseuchenamt OIE 155 Fälle von infizierten Wildschweinen in Belgien gemeldet. Diese Fälle sind nicht weit von der rheinland-pfälzischen Landesgrenze entfernt. Nach Feststellung der ASP in Belgien haben sich die Jägerinnen und Jäger von Rheinland-Pfalz sofort zur Unterstützung bei einer noch intensiveren Fallwildsuche bereit erklärt und haben aktuell in den an Luxemburg und Belgien angrenzenden rheinland-pfälzischen Landkreisen ein besonderes Augenmerk auf Fallwild.

Ziel ist es, die Wild- und Hausschweinbestände durch Prävention und Früherkennung zu schützen und einen Eintrag des Virus zu verhindern. Voraussichtlich wird es auch in absehbarer Zeit keinen Impfstoff gegen die Afrikanische Schweinepest geben. So bleiben nur hygienische Maßnahmen und eine Kontrolle der Wildschweinbestände als Präventionsmaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag,

- dass die Landesregierung in der Planung für den Doppelhaushalt 2019/2020 die Haushaltsansätze für das Tierseuchenkrisenmanagement um ca. 1,5 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt hat;
- dass bei der Bund-Länder-Task-Force und bei den Sitzungen der „Arbeitsgruppe Tierseuchen und Tiergesundheit“ (AGTT) der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz intensiv über Maßnahmen und Strategien zur Vorsorge vor Tierseuchen, insbesondere der ASP, diskutiert wird;
- dass bereits ASP-Tierseuchenkrisenübungen sowohl in den rheinland-pfälzischen Kreisverbänden als auch länderübergreifend mit Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Frankreich und Luxemburg stattfinden;
- dass eine regelmäßige Besprechung mit den Nachbarländern über die ASP im Rahmen der Oberrheinkonferenz und Sitzungen der „Großregion“ erfolgt;
- dass auch mit den Experten des Friedrich-Loeffler-Instituts, als nationales Referenzlabor für Schweinepest und den Experten des Instituts für Epidemiologie ein fachlicher Austausch besteht.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- mit den zusätzlichen Mitteln bereits vorhandene Präventionsmaßnahmen weiterzuentwickeln, z. B. Biosicherheit an Verkehrswegen, Digitalisierung der Jagdbezirke und Jagdstreckenerfassung;
- bei einem punktuellen Ersteinschlag alle möglichen personellen, materiellen, finanziellen und rechtlichen Mittel ressortübergreifend sowie auf allen Ebenen zu nutzen, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern (Verweis auf das Modell in Tschechien);
- zu prüfen, inwieweit Alternativen zur personalintensiven Fallwildsuche (Kadaversuchhunde, Wärmebildkameras) gefördert und umgesetzt werden können;
- zu prüfen, welche technischen Instrumente zur effektiven Wildschweinbejagung (z. B. Multikopter mit Wärmebildkamera) geeignet sind und eingesetzt werden können;
- dass bei wesentlichen Neuentwicklungen in der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest Informationskampagnen sowie Schulungen- und Fortbildungsveranstaltungen insbesondere auf Landkreisebene stattfinden, um über die Einschleppungsursachen und Ausbruchsszenarien aufzuklären;
- die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den zuständigen Kreisverwaltungen in Bezug auf eine Krisenbewältigung weiterzuentwickeln;
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarbundesländern und den Mitgliedstaaten in der Oberrheinkonferenz sowie in der Großregion durch die Arbeitsgruppen weiterzuentwickeln.

Vorstehender Beschluss wurde vom Landtag in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2018 gefasst.

Hendrik Hering
Präsident des Landtags